

Herrn Bezirksbürgermeister  
Andreas Hupke

Herrn Bürgeramtsleiter  
Dr. Ulrich Höver

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 24.06.2016

**AN/1225/2016**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	

## **Sachstand Raserei und Gegenmaßnahmen**

Sehr geehrte Dame, sehr geehrte Herren.

Vor bald einem Jahr eröffnete die Bezirksvertretung Innenstadt ihre Sitzung mit einer Aktuellen Viertelstunde zum Thema "Maßnahmen und Strategien gegen Raserszenen in der Innenstadt". Nach einer Reihe tragischer Todesfälle erläuterten Polizei, Verbände und Ordnungsbehörden ihre Informationen, Einschätzungen und Schlussfolgerungen. Die zusammengetragenen Erkenntnisse kulminierten in der Bewertung des Ermittlungsgruppenleiters Rainer Fuchs: "Die Verkehrsmoral in Köln ist eine Katastrophe." Da wir nicht davon ausgehen können, dass sich daran grundlegend etwas verändert hat, bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es der Verwaltung möglich, die seinerzeit diskutierten Statistiken und Informationen, Erkenntnisse und Strategien, Sachverhalte und Hintergründe den Mitgliedern der Bezirksvertretung in einer aussagekräftigen, schriftlichen Form zur Verfügung zu stellen?
2. Welche Maßnahmen haben insbesondere seit letztem Sommer messbare und/oder nachhaltige Wirkung entfaltet und welche nicht? Welche befinden sich in der Planungsphase, wann sind konkrete Umsetzungen zu erwarten?

Nach Angaben des Amts für Straßen- und Verkehrstechnik wurden die baulichen Hindernisse zur Geschwindigkeitsdrosselung im Auenweg wieder entfernt. Wie der Presse zu entnehmen war, wird seitdem wieder vermehrt gerast, während die Installation stationärer Blitzanlagen noch bis Jahresende auf sich warten lässt.

3. Wie können die städtischen Ordnungsbehörden den erhöhten polizeilichen Kontrolldruck effektiv flankieren, um auszuschließen, dass es gerade auf dieser Strecke in den nächsten Monaten zu weiteren Unfällen kommt?
4. Welche Kontrollmaßnahmen wurden auf den bekannten innenstädtischen Problemstrecken (Aachener Straße, Nord-Süd-Fahrt, Innere Kanalstraße, Kennedyufer, Ringe) eingeführt, auf- oder ausgebaut?
5. Teilt die Verwaltung die Ansicht, dass die bestehende Rechtslage, wonach die festgestellten Vergehen keinen Straftatbestand darstellen, sondern lediglich als Ordnungswidrigkeit zu ahnden sind, das Problem Raserei eher befördert als effektiv zu bekämpfen geeignet ist?

Mit freundlichen Grüßen,

Michael Scheffer  
Fraktionsvorsitzender

Manfred Müller  
Stellvertretender Vorsitzender